

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Voranschlag 2013 und Festsetzung des Steuerfusses
Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2016 (IAFP)

Antrag:

1. Der Voranschlag der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2013 wird genehmigt.
2. Der Voranschlag der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in den Investitionsrechnungen des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2013 wird genehmigt.
3. Gestützt auf § 46 Abs. 2 lit. a) und b) Personalstatut wird auf die Erhöhung der Lohnstufen (Erfahrungsanteil) und eine Quote für Leistungsanteile verzichtet.
4. Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 Prozent (2012: 122%) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (CHF 24.- pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.
5. Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2014 bis 2016 wird zur Kenntnis genommen.
6. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktgruppe "Städtische Allgemeinkosten/Erlöse" eingestellte Reduktion der Personalkosten um den voraussichtlichen Rotationsgewinn im definitiven Budget den Lohnkonti der einzelnen Produktgruppen zu belasten.

Weisung:

Zusammenfassung

Gliederung des Voranschlags

Teil A:

- Einleitung zum Budget und IAFP
- Übersichten der Laufenden Rechnung der Stadt und der Departemente
- Übersicht Produktgruppen (Aufwand, Ertrag und Ergebnis)
- Investitionsrechnung
- funktionale Gliederung
- Anhang: Departementssekretariate, Kontrolle der Investitionskredite, Beiträge an Dritte, Abschreibungstabelle, Spezialfinanzierungen, Finanzplan und Kennzahlen.

Teil B:

- Globalbudgets mit den Globalkrediten, den parlamentarischen Zielvorgaben und den zusätzlichen Informationen der Produktgruppen
- Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP)
- Kontrolle der Globalkredite.

Wesentliche Änderungen in der Laufenden Rechnung

Die Laufende Rechnung 2013 zeigt folgendes Bild:

▪ Festsetzung des Steuerfusses auf 122 % der einfachen Staatssteuer		
▪ Aufwendungen (bereinigt)	in Mio. CHF	1'251.3
▪ Erträge (bereinigt)	in Mio. CHF	1'251.3
▪ Ertragsüberschuss	in Mio. CHF	0.0

Beim **Aufwand** sind folgende Positionen zu erwähnen:

- Da auf den Stufenanstieg und die Gewährung eines Leistungsanteils verzichtet werden muss, verharren die Personalkosten praktisch auf Vorjahresniveau (CHF 1,2 Mio.; 0,3%).
- Der Sachaufwand erhöht sich um CHF 15,2 Mio. (10 %). Das Budget 2012 war in diesem Bereich zu optimistisch, da der Sachaufwand bereits in der Rechnung 2011 um CHF 5 Mio. höher war als das Budget 2012.
- Der Wegfall der Emissionsgebühren lässt die Zinsen um CHF 6 Mio. (18 %) sinken.
- Trotz unvermindert hohen Investitionen reduzieren sich die Abschreibungen um CHF 2,4 Mio. (2,1 %) wegen deutlich weniger Zusatzabschreibungen im Entsorgungsbereich.
- Die individuellen Unterstützungsbeiträge (Zusatzleistungen zur AHV/IV, Sozialhilfe), die Beiträge an die Sonderschulung und die Pflegefinanzierung zeichnen wiederum für eine kräftige Kostenzunahme von CHF 13,7 Mio. (4,9 %) verantwortlich.
- Die internen Verrechnungen aufgrund der kostenneutralen Verbuchung der Pflegefinanzierung steigen um rund CHF 30,4 Mio. (15 %). Vor allem bei Alter und Pflege steigerten sich die produktgruppeninternen Verrechnungen.

Auf der **Einnahmenseite** fallen folgende Positionen ins Gewicht:

- Der Ausgleich der kalten Progression und höhere Familienabzüge verursachen bei den Steuern nach langer Wachstumsphase einen schmerzlichen Rückgang von CHF 10,5 Mio. (2,7 %).
- Die Einnahmen aus Entgelten steigen um CHF 22,6 Mio. (5,3 %). Zwei Drittel entstehen aus höheren Einnahmen bei den gebührenfinanzierten Betrieben (Entsorgung und Stadtwerk). Höhere Leistungen bei den individuellen Unterstützungsbeiträgen steigern auch die Rückerstat-

tungen. Der Ausfall der Einnahmen wegen der Sanierung des Alterszentrums Adlergarten kann durch höhere Einnahmen bei der IDW, den Bussen und beim Tiefbau kompensiert werden.

- Der Ressourcenausgleich erreicht wegen des Börsengangs der Firma Glencore ein Allzeithoch von CHF 92 Mio., so dass die Anteile ohne Zweckbindung um CHF 11,7 Mio. (6,7 %) steigen.
- Die Rückerstattungen von Gemeinwesen erhöhen sich um knapp 3 Mio. (4,1 %). Den Löwenanteil trägt die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) durch die Aufgabenübernahme für andere Gemeinden bei.

LAUFENDE RECHNUNG

(Alle Zahlen in Tausend CHF)

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw.zu Vorjahr	%
Aufwand	1'388'560	1'429'314	1'484'685	-55'371	3.9
Interne Verrechnungen	212'492	203'051	233'424	-30'374	15.0
Bereinigter Aufwand	1'176'068	1'226'263	1'251'261	-24'998	2.0
Ertrag	1'385'819	1'434'069	1'484'690	50'621	3.5
Interne Verrechnungen	212'492	203'051	233'424	30'374	15.0
Bereinigter Ertrag	1'173'327	1'231'018	1'251'266	20'248	1.6
Ergebnis	2'741	-4'755	-5	-4'750	
Personalaufwand	445'275	450'015	451'172	-1'157	0.3
Sachaufwand	151'328	146'735	161'892	-15'158	10.3
Passivzinsen	29'740	32'900	26'847	6'053	18.4
Abschreibungen	99'916	119'074	116'626	2'448	2.1
Energie- und Rohmaterialankauf	89'674	99'159	98'114	1'045	1.1
Dienstleistungen anderer Gemeinwesen	59'295	87'663	88'251	-588	0.7
Betriebs- und Defizitbeiträge	287'113	282'451	296'165	-13'714	4.9
Durchlaufende Beiträge	624	934	738	196	21.0
Einlagen in Spezialfinanzierungen	13'103	7'333	11'455	-4'122	56.2
Interne Verrechnungen	212'492	203'051	233'424	-30'374	15.0
Steuern	390'048	393'359	382'864	-10'495	2.7
Erträge aus Regalien und Konzessionen	868	878	930	52	5.9
Vermögenserträge	26'860	29'398	28'643	-755	2.6
Entgelte	422'218	423'841	446'421	22'580	5.3
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	118'858	173'706	185'400	11'694	6.7
Rückerstattungen von Gemeinwesen	67'735	70'821	73'749	2'928	4.1
Beiträge mit Zweckbindung	136'338	118'577	120'557	1'980	1.7
Durchlaufende Beiträge	624	934	738	-196	21.0
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	9'779	19'504	11'964	-7'540	38.7
Interne Verrechnungen	212'492	203'051	233'424	30'374	15.0

ERLÄUTERUNGEN ZUM AUFWAND

(Alle Zahlen in Tausend CHF)

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Personalaufwand	445'275	450'015	451'172	-1'157	0.3
Behörden und Kommissionen	1'658	1'512	1'223	289	19.1
Löhne Verwaltungs-/Betriebspersonal	312'917	315'244	316'522	-1'278	0.4
Löhne Lehrkräfte	39'302	38'813	39'244	-431	1.1
Sozialleistungen	68'923	71'005	70'928	77	0.1
übriger Personalaufwand	22'474	23'440	23'254	185	0.8

Lohnmassnahmen

Vorgaben Personalstatut: Gemäss § 55 Abs. 1 Personalstatut ist der Lohn per 1. Januar entsprechend dem Zürcher Index des vorangehenden Novembers an die Teuerung anzupassen. Gemäss § 47 wird für mindestens mit "gut" qualifizierte Angestellte der Lohn auf Beginn des Kalenderjahres um die nächste Lohnstufe erhöht (Erfahrungsanteil). Sodann kann den mit «sehr gut» oder «vorzüglich» qualifizierten Angestellten ein Leistungsanteil ausgerichtet werden. Der Teuerungsausgleich, der Erfahrungs- und der Leistungsanteil bilden die ordentliche Regelung. Gemäss § 46 Abs. 2 und § 55 Abs. 1 Personalstatut kann der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat aus finanzpolitischen Gründen ausnahmsweise den Verzicht auf alle oder einzelne Lohnmassnahmen beantragen.

Antrag Stadtrat: Aufgrund der schwierigen Budgetsituation sieht sich der Stadtrat gezwungen, dem Grossen Gemeinderat zu beantragen, für das Jahr 2013 auf den Erfahrungs- und Leistungsanteil zu verzichten.

Teuerung: Wie schon letztes Jahr wird die Teuerung negativ ausfallen, so dass das Personal diesbezüglich um gut 1 Lohnprozent besser fährt, als vom Personalstatut vorgesehen. Dies kann als Ausgleich zum Verzicht auf die Personalmassnahmen gelten.

Verteilung Lohnmassnahmen: Da keine Lohnmassnahmen vorgesehen sind, wurden in der Produktgruppe "städtische Allgemekosten/Erlöse" Minderkosten von CHF 2 Mio. eingestellt, die durch die Rotationsgewinne entstehen. Mit dem definitiven vom GGR bewilligten Budget werden diese Beträge den einzelnen Produktgruppen belastet.

Stellenplanveränderungen

Gestützt auf § 8 Personalstatut informiert der Stadtrat den Grossen Gemeinderat über die Veränderungen im Stellenplan der Lohnklassen 1 bis 20. Die einzelnen Veränderungen werden in den Globalbudgets im Teil B aufgezeigt. Folgende Tabelle gibt eine summarische Übersicht:

Departement	VO 2012	VO 2013	Abw.
Kulturelles und Dienste	200.15	205.88	5.73
Finanzen	183.00	182.05	-0.95
Bau	301.00	305.20	4.20
Sicherheit und Umwelt	370.58	374.57	3.99
Schule und Sport	444.00	458.11	14.11
Soziales	944.57	939.45	-5.12
Technische Betriebe	711.33	717.68	6.35
Behörden und Stadtkanzlei	19.95	19.95	-
Total	3'174.58	3'202.89	28.31

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Sachaufwand	151'328	146'735	161'892	-15'158	10.3
Büro-, Schulmaterial und Drucksachen	6'764	8'545	8'933	-388	4.5
Anschaffungen Mobilien	9'953	9'547	9'482	65	0.7
Wasser, Energie, Heizmaterial	5'337	1'101	4'297	-3'196	290.2
Betriebs-/Verbrauchsmaterial	20'611	20'769	21'156	-387	1.9
Baulicher Unterhalt	30'533	27'159	30'800	-3'642	13.4
Unterhalt Mobilien	12'351	14'074	16'323	-2'248	16.0
Mieten u. Benützungskosten	12'730	12'121	12'763	-641	5.3
Spesenentschädigungen	4'798	5'278	5'184	94	1.8
Dienstleistungen Dritter	45'979	44'810	49'224	-4'414	9.9
Allgemeiner Sachaufwand	2'272	3'330	3'730	-400	12.0

Für die Zunahme sind vor allem folgende vier Kontengruppen verantwortlich:

- Energiekosten: Bei Stadtwerk fallen neu externe Energiekosten an.
- Baulicher Unterhalt: Sanierungen bei den Immobilien, Strassenunterhalt und Stadtbus.
- Unterhalt Mobilien: Software bei der IDW, Stadtbus und Stadtwerk.
- Dienstleistungen Dritter: Stadtwerk (Versicherung), Volksschule, Umwelt- und Gesundheitsamt (Studien), IDW, Stadtgärtnerei.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Passivzinsen	29'740	32'900	26'847	6'053	18.4

Die Zinsen konnten gegenüber der Rechnung 2011 und dem Budget 2012 wegen des Wegfalls der Emissionsgebühren klar reduziert werden, obwohl das Fremdkapital steigend ist. Diese Gebühren wurden jeweils für die ganze Laufzeit gleichzeitig entrichtet, weshalb sich eine grosse Entlastung ergibt.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Abschreibungen	99'916	119'074	116'626	2'448	2.1

Trotz unvermindert hohen Investitionen reduzieren sich die Abschreibungen um CHF 2,4 Mio. (2,1%) wegen deutlich weniger Zusatzabschreibungen im Entsorgungsbereich.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Energie- und Rohmaterialankauf	89'674	99'159	98'114	1'045	1.1

Die Veränderung ist durch die Preise im Energiesektor bestimmt.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Dienstleistungen anderer Gemeinwesen	59'295	87'663	88'251	-588	0.7

In dieser Kontengruppen wird der Anteil der Kosten an die Löhne der Lehrpersonen dargestellt, welchen die Stadt dem Kanton entrichten muss.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Betriebs- und Defizitbeiträge	287'113	282'451	296'165	-13'714	4.9

Die individuellen Unterstützungsbeiträge mit CHF 12 Mio., die Beiträge an die Sonderschulung mit CHF 2,7 Mio. und die Pflegefinanzierung mit CHF 3,2 Mio. zeichnen wiederum für eine kräftige Kostenzunahme verantwortlich, welche durch den Wegfall des Sanierungsbeitrags (CHF 5 Mio.) an die Pensionskasse und den verminderten Beitrag (CHF 1 Mio.) von Stadtwerk an die Stadtkasse reduziert wird.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Durchlaufende Beiträge	624	934	738	196	21.0
Einlagen in Spezialfinanzierungen	13'103	7'333	11'455	-4'122	56.2
Interne Verrechnungen	212'492	203'051	233'424	-30'374	15.0

Die Veränderung bei den Einlagen in die Spezialfinanzierungen widerspiegelt die Resultate der gebührenfinanzierten Bereiche. Vor allem bei Alter und Pflege steigerten sich die produktgruppeninternen Verrechnungen.

ERLÄUTERUNGEN ZUM ERTRAG

(Alle Zahlen in Tausend CHF)

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Steuern	390'048	393'359	382'864	-10'495	2.7
ordentliche Steuern	358'593	368'879	358'404	-10'515	2.9
Grundsteuern	31'001	24'000	24'000	-	-
übrige Steuern	454	480	460	20	4.2

Der Ausgleich der kalten Progression und höhere Familienabzüge verursachen bei den Steuern nach langer Wachstumsphase einen schmerzlichen Rückgang.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Erträge aus Regalien und Konzessionen	868	878	930	52	5.9
Vermögenserträge	26'860	29'398	28'643	-755	2.6

Die Verminderung der Vermögenserträge bewegt sich auf einem tiefen Niveau, verursacht durch tiefere Buchgewinne.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Entgelte	422'218	423'841	446'421	22'580	5.3
Gebühren für Amtshandlungen	16'137	16'198	16'671	473	2.9
Spital-/Heimtaxen, Pensionsgelder	77'854	77'051	74'162	-2'889	3.7
Benützungs-, Dienstleistungsentgelte	86'443	86'702	95'272	8'570	9.9
Verkaufserlöse	11'022	11'953	11'325	-628	5.3
Rückerstattungen	61'368	58'161	62'703	4'542	7.8
Wasser-/Energieverkäufe	137'782	143'374	153'610	10'236	7.1
Andere Entgelte	31'613	30'403	32'678	2'275	7.5

Zwei Drittel der Erhöhung entstehen aus Einnahmen bei den gebührenfinanzierten Betrieben (Entsorgung und Stadtwerk). Höhere Leistungen bei den individuellen Unterstützungsbeiträgen steigern auch die Rückerstattungen. Der Einnahmenausfall wegen der Sanierung des Alterszentrums Adlergarten wird durch Mehreinnahmen bei der IDW, den Bussen und beim Tiefbau kompensiert.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	118'858	173'706	185'400	11'694	6.7

Der Ressourcenausgleich erreicht wegen des Börsengangs der Firma Glencore ein Allzeithoch von CHF 92 Mio., so dass die Anteile ohne Zweckbindung insgesamt um CHF 11,7 Mio. (6,7 %) steigen. Allerdings hat der Kanton den Zentrumslastenausgleich wegen der negativen Teuerung um CHF 0,7 Mio. auf CHF 85,3 Mio. leicht reduziert. Der Anteil am Gewinn der Zürcher Kantonalbank wurde nochmals leicht erhöht.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Rückerstattungen von Gemeinwesen	67'735	70'821	73'749	2'928	4.1

Den Löwenanteil der Einnahmensteigerung trägt die neue Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) durch die Aufgabenübernahme für andere Gemeinden bei.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Beiträge mit Zweckbindung	136'338	118'577	120'557	1'980	1.7
Bundesbeiträge	21'585	22'202	21'560	-641	2.9
Staatsbeiträge	99'786	78'589	82'043	3'454	4.4
Verwaltungsbeiträge	234	2'450	2'400	-50	2.0
andere Beiträge	14'733	15'337	14'554	-782	5.1

Die erhöhten individuellen Unterstützungsbeiträge ergeben einen höheren Staatsbeitrag. Der Fonds für den überkommunalen Strassenbau wird stärker gespiesen. Dafür sinkt die Ablieferung von Stadtwerk.

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Durchlaufende Beiträge	624	934	738	-196	21.0
Spezialfinanzierungen / Stiftungen	9'779	19'504	11'964	-7'540	38.7
Interne Verrechnungen	212'492	203'051	233'424	30'374	15.0

Die Entnahme aus den Spezialfinanzierungen entspricht den Finanzierungsbedürfnissen bei den gebührenfinanzierten Betrieben. Bei den internen Verrechnungen wird auf die Begründung beim Aufwand verwiesen.

INVESTITIONSRECHNUNG

(Alle Zahlen in Tausend CHF)

Nettoinvestitionen ins Allgemeine Verwaltungsvermögen:

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	74'070	131'844	136'171	4'327	3.3
Total Einnahmen	14'039	26'388	22'678	3'710	14.1
Nettoinvestitionen	60'031	105'456	113'493	8'037	7.6
In Voranschlag gebracht	70'000	80'000	80'000	-	-

Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen der Städtischen Betriebe:

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	145'898	193'252	177'009	-16'243	8.4
Total Einnahmen	11'309	8'925	11'510	-2'585	29.0
Nettoinvestitionen	134'559	184'327	165'499	-18'828	10.2

Nettoinvestitionen ins Finanzvermögen:

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Total Ausgaben	33'921	20'215	29'220	9'005	44.5
Total Einnahmen	9'260	7'100	17'695	-10'595	249.2
Nettoinvestitionen	24'661	13'115	11'525	1'590	12.1

Total Nettoinvestitionen:

	RE 2011	VO 2012	VO 2013	Abw. zu Vorjahr	%
Gesamte Investitionen (Budgetprogramm)	219'281	302'898	290'517	12'381	4.1
in den Voranschlag aufgenommen		277'442	257'024	20'418	7.4

Das **Investitionsprogramm des allgemeinen Verwaltungsvermögens** erhöht sich auf CHF 113 Mio. Angesichts des hohen dringlichen Investitionsbedarfs bleibt die Abschreibungsbasis auf hohen CHF 80 Mio. Die Details sind im Investitionsprogramm aufgelistet.

Das **Investitionsprogramm der städtischen Betriebe** sinkt um 10 % auf CHF 165 Mio., was aber immer noch überdurchschnittlich hoch ist. Die Reduktion ist auf die allmähliche Fertigstellung der neuen Verbrennungslinie der Kehrrechtverbrennungsanlage zurückzuführen.

GLOBALBUDGETS

Die Globalbudgets werden mit folgender Gliederung dargestellt:

- **Allgemeine Umschreibung** und Auftrag der Produktegruppe, Umschreibung der Produkte, Rechtsgrundlagen und verantwortliche Leitung;
- **Beschlussteil** mit den parlamentarischen Zielvorgaben und dem Globalkredit;
- **Informationsteil** mit Angaben jeder Produktegruppe für die parlamentarische Steuerung.

Der **Globalkredit** wird als Nettokredit pro Produktegruppe bewilligt. Die Organisationseinheiten können im Rahmen des Globalkredites die Mittel zwischen Produkten und Detailkonti verschieben, nicht aber zwischen Produktegruppen. In jedem Fall müssen der Auftrag der Produktegruppe sowie die Rechtsgrundlagen eingehalten und die Zielvorgaben erfüllt werden. Neue Ausgaben werden einzeln gemäss der Kompetenzordnung durch die zuständige Behörde (Stadtrat, Grosse Gemeinderat oder Volk) bewilligt.

Die **parlamentarischen Zielvorgaben** umschreiben die Leistungsziele. Damit bestimmt der Grosse Gemeinderat den Umfang und die Qualität der Leistungen. Den Zielvorgaben sind quantitative und qualitative Indikatoren für die jährliche Leistungsmessung zuzuordnen. Die Zielvorgaben beziehen sich auf die Produktegruppe. Lassen sich auf dieser Ebene keine geeigneten Zielvorgaben bestimmen, können sich die Steuerungsvorgaben auch auf einzelne Produkte beziehen, die hinsichtlich Mitteleinsatz, Qualität oder Folgen von Bedeutung sind.

Der **Informationsteil** enthält nähere Angaben zur Steuerung und Kontrolle der einzelnen Produkte und Leistungen. Er gibt Aufschluss über das Investitionsvolumen, wichtige Massnahmen und Projekte. Die Begründungen erklären wesentliche Abweichungen und beziehen sich auf die letzte abgeschlossene Rechnung sowie den Voranschlag des Vorjahres.

Stadtwerk legt als Informationsteil zum Globalbudget seinen **Profitcenter-Bericht** vor.

Änderungen von Parlamentarischen Zielvorgaben

Bei folgenden Produktegruppen werden Änderungen bei den Parlamentarischen Zielvorgaben beantragt, welche im Beschlussteil der jeweiligen Produktegruppe ersichtlich sind:

Immobilien, Vermessungsamt, Stadtrichteramt, Materialverwaltung, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Sozial- und Erwachsenenhilfe, Prävention- und Suchthilfe, Individuelle Unterstützung, Beiträge an Organisationen, Arbeitsintegration, Stadtwerk, Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.

INTEGRIERTER AUFGABEN- UND FINANZPLAN (IAFP)

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) gibt Auskunft über das Budgetjahr und die Entwicklungen der folgenden drei Planjahre hinsichtlich der Globalkredite, parlamentarischen Zielvorgaben, vorgesehenen und bewilligten Investitionen sowie der wesentlichen Massnahmen, Projekte und Entwicklungen. Er zeigt wie die stadträtlichen Legislatorschwerpunkte mit den definierten Vorhaben von hoher Bedeutung umgesetzt werden.

WÜRDIGUNG DES VORANSCHLAGES 2013

Der Stadtrat kann dem Grossen Gemeinderat einen Voranschlag mit einer «schwarzen Null» vorlegen. Trotz des neuen Finanzausgleichs war es nicht möglich, einen Ertragsüberschuss zu generieren, da praktisch kein Ertragswachstum den steigenden Aufgaben gegenübersteht. Im abgeschlossenen Budgetprozess hat die Stadtverwaltung gegenüber dem ersten Entwurf circa CHF 17 Mio. eingespart. Zwar erhöhte sich der Ressourcenausgleich nochmals, aber dies gleicht nur den Verlust bei den Steuern wegen des Ausgleichs der kalten Progression und der erhöhten Familienabzüge aus. Im Sozialbereich ist mit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) eine neue Institution in der ganzen Schweiz eingeführt worden, die höhere Kosten verursacht als die bisherige Behörde. Die individuellen Unterstützungsbeiträge (Zusatzleistungen zur AHV/IV, Sozialhilfe) steigen weiterhin und die neue Pflegefinanzierung wird teurer als angenommen. Die Kostensteigerung in der Volksschule, insbesondere wegen vermehrten Platzierungen in auswärtigen Sonderschulen, belastet den städtischen Haushalt.

Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan zeigt für die kommenden Jahre ein weiteres Ausgabenwachstum und Defizite. Angesichts der Bedeutung des Finanzausgleichs ist die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Zürich entscheidend. Ein Sinken des Ressourcenausgleichs wäre für die Stadt Winterthur fatal. Die Planjahre wurden nach dem neuen Harmonisierten Rechnungsmodell HRM2 erstellt. Somit ist auch die für die Rechnung kostenneutrale Sanierung der Pensionskasse in den Planjahren enthalten. Abschliessend kann festgestellt werden, dass der Zentrumslastenausgleich trotz der Erhöhung durch den Kantonsrat und das Volk nicht ausreicht, weil einerseits viele Subventionen im Nachgang an die Einführung des neuen Finanzausgleichs gestrichen oder gekürzt wurden und andererseits die zentralen Lasten im Einklang mit der Stadt wachsen. Da dieser Lastenausgleich nur an die Teuerung, nicht aber an das Wachstum der Bevölkerung gebunden ist, werden zusätzliche zentrale Lasten nicht durch den Kanton abgedeckt, sondern müssen von der Stadt allein getragen werden. Seit der Festlegung des Zentrumslastenausgleichs auf der Basis des Jahres 2005 ist die Stadt um fast 10 Prozent gewachsen. Die Stadt Winterthur muss daher um eine Nachbesserung des Zentrumslastenausgleichs durch den Kanton besorgt sein.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertragen bzw. für die einzelnen Departemente den jeweiligen Departementvorstehenden.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

E. Wohlwend

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder

Beilagen:

(nur für die Mitglieder des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates sowie die Medien)

- Übersicht Stellenplanveränderungen auf Stufe Departemente
- Voranschlag Teil A (Übersichten Laufende Rechnung, Investitionsrechnung, funktionale Gliederung und Anhänge)
- Voranschlag Teil B (Globalbudgets und IAFP)
- Profitcenter-Bericht Stadtwerk Winterthur

Voranschlag 2013, Übersicht Stellenplanveränderungen

Refinanzierung:

Die Departemente zeigen auf, wie viele der zusätzlich budgetierten Stellen voll- oder teilrefinanziert sind. Von refinanzierten Stellen wird grundsätzlich gesprochen, wenn diese vollumfänglich oder mindestens zur Hälfte (50%) über Gebühren, über die Generierung zusätzlicher Einnahmen oder Verminderung von Ausgaben finanziert oder von Dritten wie z.B. Kanton/Bund abgegolten werden.

Die Spalte "Abweichung" weist die Differenz zwischen Stellenvermehrungen und Stellenverminderungen pro Departement aus. Da sich die Spalte "davon refinanziert" lediglich auf die geplanten Stellenvermehrungen pro Departement bezieht, kann der Anteil refinanzierter Stellen höher ausfallen als die Stellenplandifferenz.

Voranschlag 2013, Übersicht Stellenplanveränderungen

Departement	VA 2012	VA 2013	Abweichung	Davon Refinanziert
1 - Kulturelles und Dienste	200.15	205.88	5.73	3.48
2 - Finanzen	183.00	182.05	-0.95	0.00
3 - Bau	301.00	305.20	4.20	0.50
4 - Sicherheit und Umwelt	370.58	374.57	3.99	0.00
5 - Schule und Sport	444.00	458.11	14.11	0.73
6 - Soziales	944.57	939.45	-5.12	-3.80
7 - Technische Betriebe	711.33	717.68	6.35	5.35
8 - Behörden und Stadtkanzlei	19.95	19.95	0.00	0.00
Total	3'174.58	3'202.89	28.31	6.26

Zusammenfassung der Departemente

1	Kulturelles und Dienste	0,8 Stadtentwicklung: 0,50 Stellen für 4. dezentrale Anlaufstelle und 0,30 Stellen (refinanziert) für das dreijährige Pilotprojekt für den Betrieb der Halle 710 2,0 Theater Winterthur: Kostenneutrale Integration von zwei bisherigen extern bezahlten Reinigungsstellen in den ordentlichen Stellenplan 1,75 Bibliotheken: Anpassung bei Bibliothek Hegi 1,03 Städtische Institutionen: refinanzierte Stellen (0,2 Gewerbemuseum; 0,18 Naturmuseum; 0,8 Alte Kaserne; -0,15 Verschiebung Aufsichtspersonal auf Vorkostenstellen "Städtische Bauten") 0,15 Städtische Bauten: kostenneutrale Verschiebung Aufsichtspersonal der PG Städtische Institutionen
2	Finanzen	Bei den Produktgruppen Finanzkontrolle und Steuerbezug ist keine Veränderung zum Budget Vorjahr zu verzeichnen. Insgesamt weist das Departement Finanzen eine Abweichung von -0.95 Stellenprozenten auf. Die Produktgruppe Finanzamt weist eine Abweichung von -1.40 Stellenprozenten auf. Diese Differenz ist auf zwei Faktoren zurück zu führen: Die Verschiebung der AHV Zweigstelle ins Departement Soziales (-2) und die Einführung HRM2 (+0.60). Die Produktgruppe Immobilien weist eine Abweichung von -1.15 Stellenprozenten auf. Es wurden die vom GGR geforderten Sparmassnahmen im Reinigungsbereich umgesetzt (-0.55) und für die Zentralisierung der HR-Organisation -0.60 Stellenprozente ins Departementssekretariat verschoben. Die Produktgruppe Informatikdienste weist eine Abweichung von 1 Stellenprozent auf. Für die Einführung HRM2 wurde eine zusätzliche Stelle bewilligt. Das Departementssekretariat Finanzen weist eine Abweichung von 0.6 Stellenprozenten auf. Es handelt sich um den Übertrag aus der Produktgruppe Immobilien zur Zentralisierung der HR-Organisation.

Zusammenfassung der Departemente

3	Bau	<p>Der Stellenplan im Departement Bau erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2012 von 301.00 Stellen um 4.20 Stelleneinheiten auf neu 305.20 Stellen.</p> <p>Tiefbauamt: +1.00 Stelleneinheiten Projektleitung sind in der Abteilung Verkehrswege infolge zusätzlichen Aufgaben für das städtische Gesamtverkehrskonzept erforderlich. +1.00 Stelleneinheiten sind in der Abteilung Signalisation für die Graffiti-Entfernung erforderlich. +0.50 Stelleneinheiten wurden von Stadtwerk in die Abteilung Stadenwässerung transferiert (Gebührenfinanziert).</p> <p>Baupolizeiamt: +0.50 Stelleneinheiten werden für die Holzfeuerungskontrollen in der Feuerpolizei benötigt.</p> <p>Amt für Städtebau: +0.40 Stelleneinheiten Projektleitung wurden für das Zentrale Immobilienmanagement (ZIM) eingestellt. +0.80 Stelleneinheiten Projektleitung sind infolge zusätzlichen Aufgaben für das städtische Gesamtverkehrskonzept erforderlich.</p>
4	Sicherheit und Umwelt	<p>Gegenüber dem VA 2012 ist im VA 2013 eine Zunahme der Stellen um insgesamt 3.99 Einheiten geplant. Die Änderungen sind nachfolgend zusammengefasst:</p> <p>Stadtpolizei +3.00: Verstärkung der Sicherheitspolizei Feuerwehr +3.00: Verstärkung des Schichtbestandes (gesetzliche Vorgabe betreffend Mindestausrückungsbestand) Melde- und Zivilstandswesen -2.00: Aufgeschobenes Projekt (Einwohnerkontrolle), bis 31.12.2012 befristete Stelle (Zivilstandsamt) Umwelt- und Gesundheitsschutz -0.01: Rundungsdifferenz</p>

Zusammenfassung der Departemente

5 Schule und Sport

Der Stellenplan im Departement Schule und Sport nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 14.11 auf 458.11 Stellen zu.

Davon werden 2.4 Stellen kostenneutral von Lehrerstellen in Verwaltungsstellen umgebaut. + 1.0 Leitung Fachstelle Sonderpädagogik in der Produktgruppe Volksschule und + 1.4 Leitung Fachstelle Integrative Pädagogik in der Produktgruppe Sonderpädagogik für die Führung der 51 Heilpädagoginnen und 9 Klassenassistenten in der Integrativen Pädagogik in den Regelklassen. Diese Verschiebung ist kostenneutral, da die Personen bisher als Lehrpersonen angestellt waren und bereits diese Funktion ausgeübt haben.

Für die bedarfsgerechte schulergänzende Betreuung in der Volksschule und den städtischen Sonderschulen sind zusätzlich 11.6 Stellen notwendig. + 8.3 Gruppenleitung und Mitarbeitende Schulergänzende Betreuung in der Produktgruppe Volksschule, Reduktion von Stellen bei den Betreuungsleitungen für den Ausbau auf neu 1478 Plätze (2012: 1291 Plätze) und + 3.3 Betreuungsmitarbeitende Sonderschulen: In der Produktgruppe Sonderschulung für den bedarfsgerechten Ausbau der Betreuung in den Sonderschulen HPS und CPS gemäss Vorgaben Volksschulgesetz

- 2.7 Hauswartung und Reinigung, Reduktion der Hauptreinigung gemäss Vorgaben des Grossen Gemeinderates, zusätzliche Reinigungsflächen durch Pavillons Tössfeld, Eichliacker und Mattenbach und Provisorien SH Hegi Dorf, SH Laubegg und SH Rychenberg

+ 0.7 Betreuungsmitarbeiterinnen in der Erwachsenenbildung, Übernahme Aufgaben des Vereins "Deutsch für fremdsprachige Mütter Oberwinterthur" DfM Oberi durch die Stadt gemäss SR-Beschluss 12.384-2. Zusätzlicher Ausbau des sehr beliebten und für die Integration wichtigen Angebotes Deutschkurse mit Kinderbetreuung.

+ 2.0 zusätzliche Stellen für dringende Anpassungen im Personaldienst, um die steigende Last an Personalarbeit zu bewältigen. Nachholbedarf aus den Vorjahren. Ständige Überlastung aller Mitarbeitenden im Personaldienst. Ungenügende Ausstattung für die Betreuung der rund 4'277 Mitarbeitenden (inkl. der ca.1'350 kant. angestellten Lehrpersonen, für die der Personaldienst die Spesen und Barauslagen abrechnet) und die Verwaltung der rund 1100 Anstellungsverfügungen, der Verarbeitung von jährlich 220 Dienstaltersgeschenken, die Verarbeitung von jährlich rund 16'000 Personalmutationen und die Eingabe von ca. 28'000 lohnrelevante Geschäfte ins SAP. Davon wurden 0.73 Stellen DSS intern kompensiert.

Zusammenfassung der Departemente

6	Soziales	<p>Der Stellenplan im Departement Soziales geht gegenüber dem Budget 2012 um 5.12 auf 939.45 Stellen zurück. +10.1 Stellen für die neue Kindes-und Erwachsenenschutzbehörde (alle Stellen sind zu 40% refinanziert) + 9.5 Stellen für die Sozialen Dienste (davon sind 1.5 Stellen refinanziert und 2 Stellen eine stadtinterne Verschiebung) - 2.7 Stellen bei der Spitex (einfrieren des Stellenplans auf Basis Ist 2011) -22.02 Stellen bei den Alterszentren: Reinigungsbereich, sowie temporärer Abbau in der Pflege aufgrund der Renovationsarbeiten im AZ Adlergarten</p>
7	Technische Betriebe	<p>Der Stellenplan im Departement Technische Betriebe erhöht sich um 6.35 Stellen auf 717.68 Stellen.</p> <p>Stadtwerk: 5 Stellen, refinanziert Aufbau Energieberatung: +3; Aufbau Betrieb der beiden Ofenlinien KVA: +2; erhöhte Geschäftstätigkeit Energie Contracting: +2; Anpassungen in verschiedenen Geschäftsfeldern: per Saldo -2</p> <p>Stadtbus: 0.35 Stellen, finanziert durch ZVV Netzmanagement: Pensionierung Sachbearbeiter AFAZ, Doppelbesetzung während Einarbeitungsphase -0.33; Technik: Neue Stelle Stv Leiter Werkstatt +1.00, Pens. Reduktion Mechaniker -0.50; Fahrdienst: Angebotsanpassungen +0.18</p> <p>Forstbetrieb: keine Veränderung</p> <p>Stadtgärtnerei: 1 Stelle, steuerfinanziert neue/r Mitarbeitende/r Grünanlagen für intensivere Pflege der zusätzlichen Anlagen</p> <p>Departementssekretariat: keine Veränderung</p>
8	Behörden und Stadtkanzlei	